

<b>Gemäß § 53 Abs. 4 GOG an die Abgeordneten verteilt</b>
---------------------------------------------------------------

**ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

der Abgeordneten Dr. Rosenkranz, Dr. Graf  
und weiterer Abgeordneter

**betreffend grundlegende Reformen im Bildungswesen – an Stelle einer Sündenbockpolitik**

eingebraucht im Zuge der Debatte zum Dringlichen Antrag der Grünen in der 16. Sitzung des Nationalrates am 11. März 2009

Die Bundesregierung ist mit ihrer Bildungspolitik in einer Sackgasse gelandet. Die „Neue Mittelschule“ stellt sich als unfinanzierbarer Monsterflop heraus und jetzt sollen die Lehrer die Zeche zahlen für die Ideologie-gesteuerte Bildungspolitik der SPÖ. Vor lauter Schulversuchen - Stichwort neue Mittelschule - fehlen die Lehrer für den "normalen" Unterricht. Aber das rote Kernziel in der Schulpolitik wird auch von Ministerin Schmied hartnäckig weiterverfolgt: Die Schüler müssen möglichst ganztags in die Schule. Und weil mehr Lehrer nicht leistbar sind, müssen eben die vorhandenen länger dortbleiben bzw. mehr unterrichten.

Die Lehrgewerkschaft ist einerseits unfähig, diese Zusammenhänge aufzuzeigen. Andererseits schadet sie dem Ruf der Lehrer durch ihr öffentliches Mauern gegen jede Art der Veränderung zusätzlich. Dabei wären die neuen Forderungen eine gute Gelegenheit für die Gewerkschafter, die wahren Probleme der Lehrerschaft zu thematisieren. Die Lehrer sind nicht faul, sie brauchen aber menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Zu Recht wird von ihnen erwartet, einen modernen Unterricht zu gestalten und dabei auch das Internet und zeitgemäße Präsentationstechniken anzuwenden. Doch wie soll das gehen, wenn sich im Konferenzzimmer 50 Lehrer um 2 Computer streiten sollen und schon bald jeder privilegiert ist, wenn er einen eigenen Sessel hat?

Erst wenn hier vernünftige Zustände herrschen, kann darüber nachgedacht werden, den Lehrern zwei zusätzliche Unterrichtsstunden abzuverlangen. Die sollen allerdings dann nicht dem Finanzminister, sondern den Schülern zugute kommen. Als die damalige Unterrichtsministerin Gehrler 2003 und 2004 die Schulstunden gekürzt hat, ist insbesondere die SPÖ dagegen Sturm gelaufen. Warum nimmt Frau Schmied dann nicht diese Stundenkürzungen wieder zurück?

Erst verlieren also die Schüler wertvolle Unterrichtszeit, jetzt sind die Lehrer dran. Und sie alle müssen ihre Opfer bringen, damit die SPÖ ihre ideologischen Bildungsziele weiterverfolgen kann. Die Diskussion, wie sie jetzt geführt wird, ist unnötig wie ein Kropf und muss daher neu begonnen werden - ohne Rücktrittsdrohungen, ohne Streikforderungen und ohne dass Ministerin und Gewerkschaft die Lehrer - gewollt oder ungewollt - zu Sündenböcken machen. Nur so können alle Beteiligten profitieren: Lehrer, Schüler und Eltern.

Um auch die Sicht der Betroffenen zu zeigen, nachfolgend einige Zitate aus dem Schreiben eines erfahrenen Hauptschullehrers zur aktuellen Situation, das uns gestern erreicht hat:

*„Nur ein motivierter Lehrer kann den Heranwachsenden auch etwas vermitteln; die Motivation wird aber von den übergeordneten Stellen durch Unverständnis, fragwürdige Entscheidungen (die nie nach Befragung der Lehrer gefällt werden!), Bürokratie und einiges mehr beeinträchtigt...*

*Wir sind überfordert durch Einflüsse, die es vor 20 Jahren noch nicht in diesem Ausmaß gegeben hat: Scheidungen, alleinerziehende Elternteile, Aggression über Medien, Verwahrlosung, Ausländeranteil aus verschiedenen Kulturzonen und so weiter...*

*Schulmodelle wie die Neue Gesamtschule werden propagiert, wobei – ähnlich wie bei der Hauptschule 1985 – vielerorts gewarnt wird! AHS-Lehrer, die in Ermangelung von Freiwilligen, einige Stunden an der Pflichtschule halten, werden kaum das soziale Gefüge und Verhalten von Klassen in dieser Zeit begreifen oder beeinflussen. Die heterogene Klassenzusammensetzung bringt lediglich eine auf der Hand liegende Nivellierung nach unten, soziale Spannungen und einerseits Unterforderung der leistungsstarken, und andererseits grenzenlose Überforderung der leistungsschwachen Schüler!*

*Fremdsprachliche Schüler, die kaum Kenntnisse in Deutsch aufweisen, stören begreiflicherweise den Regelunterricht; diese Schüler sollten – so wie dies in anderen Ländern auch mit Erfolg praktiziert wird – erst dann in eine Klasse eingegliedert werden, wenn sie der deutschen Sprache mächtig sind. Das heißt, es sind Gruppen einzurichten, in denen der fremdsprachliche Schüler schnell und konzentriert Deutsch lernt.“*

Soweit ein paar Zitate zur Lehrersicht. Im Streit der Ministerin mit den Lehrern bzw. den Lehrgewerkschaftern zeichnet sich ab, dass die Ministerin diesen Konflikt nicht in ihrem Sinne beenden können wird. Die schwarze und die rote Lehrgewerkschaft haben ihren Vorstoß als Kriegserklärung verstanden und machen mit Dienststellenversammlungen, Streikdrohungen und Unterschriftenlisten gegen sie mobil.

Es ist im Sinne grundlegender Reformen im Bildungswesen an Stelle einer Sündenbockpolitik dringend notwendig, in mehrfacher Hinsicht den Hebel anzusetzen:

Beim Dienstrecht der Lehrer, bei den Rechten und den Kompetenzen der Lehrer, bei der Infrastruktur für die Lehrer, aber auch bei den Pflichten der Schüler, bei den Leistungsanforderungen an die Schüler und bei der Organisation der Schule.

Aus diesem Grund stellen die unterzeichnenden Abgeordneten den nachfolgenden

## **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, raschest für die Umsetzung folgender Punkte Sorge zu tragen:

- Schaffung eines zeitgemäßen Dienstrechts für Lehrer mit dem Bund als Dienstgeber für alle von der öffentlichen Hand betriebenen Schulen. Mit einem der Arbeitswirklichkeit in Österreich angepassten Dienstzeitmodell, das unter anderem Schluss macht mit der Unsitte, Kuren während der Unterrichtszeit zu konsumieren und die Lehrer verpflichtet, in den Ferien Nachhilfeunterricht zu geben. Dieses Dienstrecht soll ein leistungsförderndes, zulagenfreies Gehaltsschema (Stichwort „All-In-Verträge“) beinhalten.
- Jedem Lehrer ist an der Schule, an der er seinen Dienst versieht, ein seiner verantwortungsvollen Tätigkeit adäquater Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen.
- Ein verpflichtendes Vorschuljahr für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache, freiwillig für deutschsprachige Kinder.
- Die Hauptschulen (HS) werden mit 2 Klassenzügen geführt, der Übertritt von der HS in die Oberstufe der Allgemeinbildenden Höheren Schulen (AHS) ist nur mit entsprechendem Notendurchschnitt möglich, ebenso der Übertritt von HS und AHS in die Berufsbildenden Höheren Schulen (BHS). Für Schüler mit unzureichendem Notendurchschnitt ist die Schaffung eines einjährigen Aufbaulehrgangs zum Übertritt von Hauptschule in Oberstufe der AHS bzw. BHS vorzusehen.
- Die Notenvergabe erfolgt nach zentral vorgegebenen Leistungs- und Bildungsstandards.
- Die Wiedereinführung der Beurteilung der äußeren Form der Arbeiten in der Pflichtschule.
- Die Einführung verpflichtender Verhaltensregeln mit entsprechenden Konsequenzen an allen von der öffentlichen Hand betriebenen Schulen.
- Die Wiedereinführung der Betragensnote in den 4. Klassen der Hauptschulen.
- Einen maximalen Anteil von 30% Schülern mit nichtdeutscher Muttersprache. Diese Schüler werden erst dann in die Klassen eingeteilt, wenn sie die deutsche Sprache soweit beherrschen, dass sie dem Unterricht zu folgen imstande sind.

- Die Beibehaltung und Weiterentwicklung des differenzierten Schulsystems, keine weitere Ausweitung des Systems „Neue Mittelschule“.
- Die aufgeblähte Schulverwaltung ist zu straffen, Bezirks- und Landesschulräte sind abzuschaffen.
- Die Förderung von Privatschulen - Gleichstellung mit den konfessionellen Privatschulen.
- Die Schaffung eines Bundesgesetzes für die Akkreditierung von Bildungseinrichtungen des primären und sekundären Privatschulbereiches (Schulakkreditierungsgesetz).
- Die BHS sind in Richtung Fachhochschulen (FHS) weiter zu entwickeln und haben verpflichtend zumindest Baccalaureatsabschluss anzubieten.
- Die Berufsbildenden Mittleren Schulen werden zu BHS aufgewertet, die Polytechnischen Lehrgänge sollen organisatorisch in die HS zurückgeführt werden.
- Die Zentralmatura ist nach Leistungs- und Bildungsstandards zu organisieren, in der Oberstufe sind max. 40% der Ausbildung in einem Modularen System anzubieten.
- Die Zielbildungseinrichtung entscheidet über die Zulassungsvoraussetzungen im Rahmen gesetzlicher Vorgaben.
- Die Maturagegenstände sollen mit über die Studienberechtigung entscheiden; die Wahl der Maturafächer soll bereits im modularen System der Oberstufe der AHS erfolgen (z.B. könnte für das Medizinstudium der Abschluss eines naturwissenschaftlichen Fachs mit Matura Bedingung sein). Eignungsprüfungen können für Kunst und Sport gefordert werden. Gegebenenfalls sind Ergänzungsprüfungen an der Zielbildungseinrichtung zur Erlangung der Studienberechtigung abzulegen. Die Berufsreifeprüfung berechtigt für bestimmte Studien, hier ebenfalls können Ergänzungsprüfungen an der Zielbildungseinrichtung zur Erlangung der Studienberechtigung notwendig sein.
- Die Abschaffung des postsekundären Bildungssektors durch Eingliederung in das tertiäre Bildungssystem.
- Die Überleitung der Pädagogischen Hochschulen in die Universitäten bzw. bei konfessionellen Pädagogischen Hochschulen in Privatuniversitäten ist vorzusehen.
- Die Abschaffung des Finanzierungsverbotes des Bundes von Privatuniversitäten (bis zu max. 50% wie im schwedischen Modell).“

*Auf Grund der Tatsache, dass die Entschließung mehr als 1 Din-A4 Seite umfasst wird ersucht, den Antrag schriftlich an die Abgeordneten zu verteilen.*

WA  
 Kunzmann  
 4/4